

## Vorwort

Sehr geehrte Damen und Herren,

landauf, landab wird derzeit die Arbeit der Großen Koalition zur Mitte der Legislaturperiode viel diskutiert. Aber nicht nur auf Bundesebene, sondern auch in NRW ist es Zeit für eine Zwischenbilanz und Standortbestimmung für die zweite Hälfte der Periode.

Häufig ist von einer verbesserten wirtschaftspolitischen Grundstimmung in NRW zu hören. Dies ist bereits ausgesprochen positiv, wenn auch allein nicht ausreichend. Im Jahr 2018 ist die Wirtschaft in NRW um 0,5 Prozentpunkte geringer gewachsen als der Bundesdurchschnitt. Dies ist ernüchternd und fordert dazu auf, die wirtschaftspolitische Trendwende konsequent voranzutreiben und – wo auch immer notwendig – das Tempo zu erhöhen.

Einige Schlaglichter: Mit Rücksicht auf zukünftige Generationen sind ein finanzielles Maßhalten und eine solide Haushaltspolitik wichtig, verbunden mit klaren politischen Schwerpunkten. Ganz oben auf die Agenda für NRW gehören hierbei unverändert der Ausbau der Digital-, Netz- und Verkehrsinfrastruktur sowie Bildung und Forschung. Hier sind ausreichende finanzielle Mittel, personelle Kapazitäten und gute gesetzliche Rahmenbedingungen unerlässlich.

Ein zentraler Pfeiler für Arbeitsplätze und Wohlstand ist und bleibt die Industrie. Der Erhalt und die Stärkung industrieller Wertschöpfungsketten in NRW muss höchste wirtschaftspolitische Priorität haben. Zu begrüßen ist daher, dass die Landesregierung die Industriepolitik zur ressortübergreifenden Querschnittsaufgabe macht und das industriepolitische Leitbild jetzt verbindlich für alle Politikfelder festschreibt. Ein gutes Beispiel für alle politischen Entscheidungsebenen.

Mit freundlichen Grüßen

Ihr

Christian Lepping

Geschäftsführer des Arbeitgeberverbandes  
der Metall- und Elektro-Industrie Lüdenschied e. V.

## Die Themen:

**Aus der M+E-Industrie:**

- **Wirtschaftliche Lage**

**Aus der Sozialpolitik:**

- **Interview mit Tom Ackermann**

**Aus der Region**

- **Stipendien der Märkischen Kulturkonferenz**

**Aus dem AGV:**

- **Sprungbrett-Initiative: Erfolgsgeschichte für Unternehmen und Hauptschüler**

## Aus der M+E-Industrie: Wirtschaftliche Lage

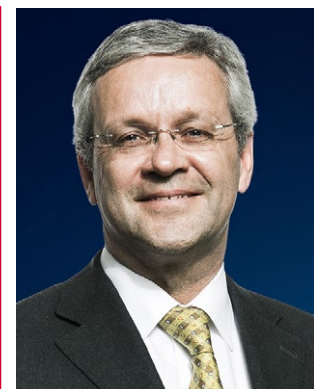
### Die Zeiten werden ungewisser

**Der seit Jahren robuste Aufschwung in der Schlüsselindustrie unseres Landes zeigt erkennbare Brems Spuren. Die Produktionszahlen sind rückläufig, und die Entwicklung von Inlandsaufträgen und Auslandsorders werden den Trend noch verstärken.**

In den vergangenen zehn Jahren haben die M+E-Betriebe in NRW zum größten Teil gut verdient, sind gewachsen und haben Fachkräfte eingestellt. Allein zwischen 2010 und 2018 stieg der Umsatz der nordrhein-westfälischen M+E-Industrie um 36 Prozent. Gleichzeitig wurden mehr als 55.000 Arbeitsplätze aufgebaut.

Doch die Wolken am Konjunkturrhimmel werden grauer: In den ersten sieben Monaten 2019 rutschte die Produktionsleistung der M+E-Industrie in NRW um 2,1 Prozent ins Minus. Selbst der lange Zeit robuste M+E-Arbeitsmarkt meldet statt Beschäftigungsaufbau jetzt wieder vermehrt Kurzarbeit und mancherorts auch Stellenabbau.

Dr. Frank Hoffmeister, Vorsitzender des Arbeitgeberverbandes Lüdenschied, blickt mit Skepsis auf die kommenden Monate. Immer mehr Branchen bekämpfen die Auswirkungen der



**Dr. Frank Hoffmeister**  
Vorsitzender des AGV

Industrieflaute zu spüren. „Wir erleben mehrere Abschwungursachen gleichzeitig. Zum einen scheinen Investitionszyklen allmählich auszulaufen und zum anderen bekommt insbesondere die für Deutschland und Nordrhein-Westfalen bedeutende Automobilbranche Schlagseite“, sagt Dr. Hoffmeister.

Und die Zeiten werden nicht leichter, denn ein Blick auf die Konjunkturzahlen lässt nichts Gutes befürchten. Die Frühindikatoren wie Auftragseingänge und der ifo Konjunkturtest befinden sich weiter auf Talfahrt. In den Monaten von Januar bis Juli 2019 sanken die Aufträge im Vergleich zum Vorjahreszeitraum um 5,7 Prozent. Eine Stabilisierung ist noch nicht in Sicht.

Die Liste der Sorgen der Unternehmer ist lang: Der immer wieder neu eskalierende handelspolitische Streit zwischen den USA und China, die Unsicherheit der Austrittsverhandlungen Großbritanniens aus der Europäischen Union sowie die Spannungen in Syrien und am Persischen Golf. Dazu kommen die riesigen Herausforderungen bei Digitalisierung, Energiewende und Mobilität. „Unsere Volkswirtschaft ist exportorientiert. Umso größer sind naturgemäß die Einflüsse internationaler Krisen und Handelsstreitigkeiten. Das gilt auch für uns in NRW: Es gingen allein 22 Prozent unserer M+E-Exporte zuletzt in die USA, China und Großbritannien“, erläutert Dr. Hoffmeister.

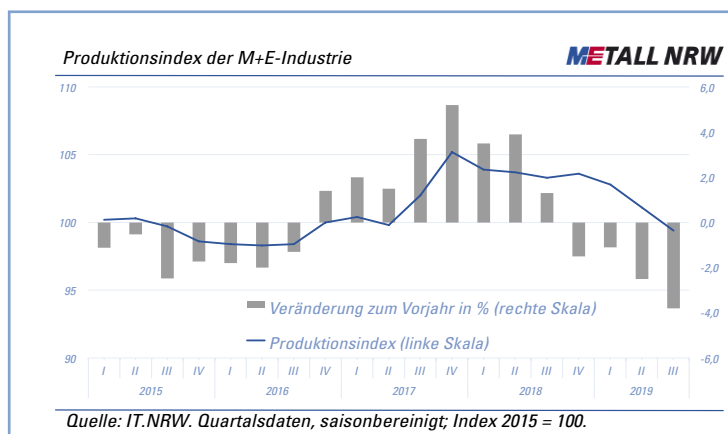
Für die Unternehmen geht es jetzt darum, ihre Prozesse, Produkte, Vertriebswege und Arbeitsplätze zukunftsfit zu machen. Dafür braucht es Investitionen in Weiterbildung und in die Infrastruktur der Standorte vor Ort.

Diese Entwicklung wird auch Einfluss auf die kommende Tarifrunde der Metall- und Elektroindustrie im Frühjahr 2020 haben.

Zu hohe Lohnforderungen würden die Unsicherheit in den Unternehmen noch verstärken. Denn auch wenn die Konjunktur in den letzten zehn Jahren gut lief, gab es zum Teil zu hohe Abschlüsse. So stiegen beispielsweise allein die Arbeitskosten in der M+E-Industrie seit 2011 um knapp 24 Prozent.

Das führt dazu, dass mittlerweile die Arbeitskosten in vielen Betrieben der wichtigste Standortfaktor, noch vor Steuern, Abgaben und Energiekosten, sind. Gestiegene Kosten und zudem komplexe Regelungen haben die Attraktivität des Flächentarifs zuletzt geschmälert.

„Besonders die im Märkischen Kreis vergleichsweise stark vertretenen Zulieferer der Automobilindustrie stehen aufgrund des abflauenden Geschäfts unter besonderem Druck und müssen Geld für Investitionen bereitstellen, damit die Transformation zur E-Mobilität gelingen kann“, erklärt Dr. Hoffmeister. „Unsere Mitglieder werden in der nächsten Tarifrunde darum genau hinschauen, ob die Tarifpartner einen insbesondere für kleine und mittlere Betriebe tragfähigen Kompromiss erzielen können. Wir brauchen Lösungen, die mittelstandstauglich sind und gleichzeitig die erforderlichen betrieblichen Gestaltungsmöglichkeiten bieten.“



**Arbeitskosten je Stunde M+E 2018 in Euro** **METALL NRW**

	in Euro
1. Schweiz*	54,5
2. Norwegen	52,1
3. Deutschland ...	44,9
7. Frankreich ...	40,3
26. Türkei*	8,5
27. Rumänien	8,0
28. Bulgarien	6,3

Quelle: Deutsche Bundesbank, Eurostat (Arbeitskostenerhebung 2016), U.S. Department of Labor, WIOD, Institut der deutschen Wirtschaft. \*2016

## Halbzeitbilanz: Gesundheitsversorgung wird teurer

**Bundesgesundheitsminister Jens Spahn (CDU) ist ein überaus fleißiger Minister. Im Akkord arbeitet er die Vereinbarungen des Koalitionsvertrags ab. Seit seinem Amtsantritt im März 2018 hat er 30 Gesetzesvorhaben auf den Weg gebracht.**

**Frage:** Herr Ackermann, die Berliner GroKo hat Ihre Halbzeitbilanz vorgelegt. Wie schauen Sie als Vorstandsvorsitzender einer großen AOK auf die bisherigen Weichenstellungen in der Gesundheitspolitik?

**Tom Ackermann:** Das Tempo und die Menge an Gesetzen und Gesetzentwürfen die unser Bundesgesundheitsminister auf den Weg gebracht hat, sind beeindruckend und im aktuellen Kabinett beispiellos. Dabei kommt ihm sicher zu Gute, dass er bisher nicht in Zeiten knapper Kassen regiert. Das macht es ihm relativ leicht, auch teure Vorhaben auf den Weg zu bringen. Insgesamt sehen wir einen bunten Strauß, der von zentralen Weichenstellungen bis hin zu kleinteiligen Eingriffen reicht. Da fällt es manchmal schwer, die Gesamtarchitektur im Sinne eines stringenten Reformkonzeptes zu erkennen.

**Frage:** Apropos teure Vorhaben. Welche Gesetze würden Sie unter dieser Perspektive hervorheben?

**Tom Ackermann:** Mit Blick auf die Mehrausgaben sind die dicksten Brocken bisher das Termin-Service-Gesetz und das Pflege-Personal-Stärkungsgesetz. Allein für diese beiden Gesetze müssen die Beitragszahler jährlich über 5 Milliarden Euro zusätzlich aufbringen. Da muss die Frage erlaubt sein, ob die höheren Ausgaben auch substantiell und nachhaltig zu Verbesserungen in der Versorgung führen.

**Frage:** Haben Sie daran Zweifel?

**Tom Ackermann:** Bei diesen beiden Gesetzen durchaus. Beispiel Termin-Service-Gesetz: Das Gesetz enthält viele kleinteilige Vergütungsanreize, um die Wartezeiten auf Arzttermine zu verringern. Außerdem wurden die Preise für Heilmittel, also z.B. für physiotherapeutische Leistungen, bundesweit vereinheitlicht und deutlich angehoben. So weit, so gut. Fraglich ist aber nach wie vor, ob damit auch die erwarteten Effekte eintreten. Bekommen die Patienten jetzt schnellere Termine? Werden angestellte Therapeuten besser bezahlt und dadurch mehr Berufsnachwuchs generiert? Das ist nach wie vor völlig offen. Gleiches gilt für das Pflegepersonal-Stärkungs-Gesetz, das dem Pflegenotstand in der Kranken- und Altenpflege entgegenwirken soll. Hier zahlen die Krankenkassen unter anderem 640 Millionen Euro jährlich pauschal in einen Ausgleichsfonds der Pflegeversicherung. Von den 13.000 zusätzlichen Pflegestellen, die damit geschaffen werden sollen, konnten bis Ende Juli bundesweit gerade einmal 300 besetzt werden. Und in den Krankenhäusern wird jetzt wieder das Selbstkostendeckungsprinzip für die Pflegepersonalkosten eingeführt. Das führt auf jeden Fall zu höheren Ausgaben. Aber wird damit der Pflegepersonal-Notstand gelöst? Sicher nicht. Der Arbeitsmarkt im Pflegebereich ist leergefegt. Vielmehr ist zu erwarten, dass Pflegepersonal aus der ambulanten Pflege in den stationären Bereich abgeworben wird. Das Problem ist nicht gelöst, sondern wird sich allenfalls verlagern – trotz der zusätzlichen Milliardenbeträge.

**Frage:** Angesichts der finanziellen Dimensionen der Reformgesetze. Müssen sich die Beitragszahler auf höhere Krankenversicherungsbeiträge einstellen?

**Tom Ackermann:** Unsere Experten schätzen, dass die in dieser Legislatur bisher verabschiedeten und noch zu erwartenden Gesetze bis zum 2022 insgesamt eine Finanzwirkung von über 30 Milliarden Euro zusätzlich entfalten werden. Gleichzeitig trübt die Konjunktur ein. Es ist also absehbar, dass die Beitragseinnahmen insgesamt nicht mit den Ausgabenanstiegen Schritt halten werden. Es ist ja amtlich bereits festgestellt, dass der durchschnittliche Zusatzbeitrag in der gesetzlichen Krankenversicherung im nächsten Jahr rechnerisch um 0,2 Prozentpunkte auf 1,1 % steigt.

**Frage:** Also Beitragserhöhungen auf breiter Front?



**Tom Ackermann**  
Vorsitzender des Vorstandes  
der AOK NORDWEST

**Tom Ackermann:** Noch nicht. Zunächst wird das dazu führen, dass die Finanzreserven – wie vom Minister gewollt – insgesamt abschmelzen und sich der Druck auf die Beitragssätze generell erhöht. Aber ob und wann eine einzelne Kasse ihren Beitragssatz anpassen muss, lässt sich daraus nicht ohne weiteres ableiten.

**Frage:** Warum nicht?

**Tom Ackermann:** Die größte Unbekannte liegt in der geplanten Reform des Risikostrukturausgleichs, die gerade im parlamentarischen Verfahren ist. Klar ist, dass es zu Umverteilungen zwischen den einzelnen Krankenkassen kommen wird. Aber derzeit kann niemand genau sagen, in welcher Größenordnung. Aber genau hiervon hängt bei jeder Krankenkasse die weitere Beitragsgestaltung ab.

**Frage:** Und wie stellt sich die Situation für die AOK NORDWEST dar?

**Tom Ackermann:** Unsere Finanzlage ist stabil. Der Haushaltsplan für 2020 weist mit 0,9 Prozent weiterhin einen unterdurchschnittlichen und attraktiven Zusatzbeitragssatz aus.

In der Selbstverwaltung der AOK bestimmen paritätisch versicherte und Arbeitgeber durch ihre gewählten Vertreter über wesentliche Belange der Sozialversicherung. Der ehrenamtlich tätige Verwaltungsrat bestimmt die sozial- und unternehmenspolitische Ausrichtung der AOK in grundsätzlichen Fragen, u.a. durch die Wahl des hauptamtlichen Vorstandes, den jährlichen Beschluss des Haushaltes, die Festsetzung der Höhe des kassenindividuellen Zusatzbeitrages oder die Entscheidung über freiwillige Leistungsangebote.

Der Bezirk der AOK NORDWEST mit Sitzung in Dortmund umfasst das Land Schleswig-Holstein sowie die Region Westfalen-Lippe. Sie hat ca. 2,9 Millionen Versicherte bei ca. 200.000 Arbeitgeber und beschäftigt ca. 7.600 Mitarbeiter. AGV-Geschäftsführer Christian Lepping ist für die Arbeitgeberseite Mitglied des Verwaltungsrates der AOK NORDWEST.

## Aus der Region: Stipendien der Märkischen Kulturkonferenz

### MKK-Stipendien 2020 verliehen



Der AGV Lüdenscheid unterstützt auch in diesem Jahr die Märkische Kulturkonferenz (MKK), die jährlich bundesweit anerkannte Stipendien in den Bereichen Bildende Kunst, Literatur und Musik vergibt. Die Verleihung der Stipendien fand an einem außergewöhnlichen Ort statt – in der Lüdenscheider Erlöserkirche. An der erst vor rund einem Jahr dort eingeweihten neuen Altstadtorgel hatte wenige Wochen zuvor auch das Auswahlkonzert für das Musik-Stipendium stattgefunden.

Das Instrument hat sich inzwischen als Konzertorgel über Lüdenscheids Grenzen hinaus etabliert und war – selbstverständlich – auch im Rahmen der feierlichen Verleihung der Stipendien zu hören, gespielt von Lisa Hummel. Die neue MKK-Stipendiatin im Bereich Musik erhielt ihre Urkunde von Detlef Seidel. Als stellvertretender Landrat und langjähriger Jurist des AGV fungiert er seit vielen Jahren als Sprecher des Auswahlremiums.

Jutta Törnig-Struck, als Museumsleiterin in Menden auch für das künftige Industriemuseum Gut Rödinghausen verantwortlich, überreichte das Stipendium an Linda Lebeck. Deren Fotografien sind noch bis zum 12. Januar 2020 mit denen der anderen fünf Kandidaten für das MKK-Stipendium 2020 für Bildende Kunst in Gut Rödinghausen in Menden zu sehen. Zeitgleich zeigt die diesjährige Kunst-Stipendiatin Marina Borchert (Plastik) dort ihre Abschlussausstellung.

Das Stipendium für Literatur geht für 2020 an Giulia Becker. Sie las bei der Verleihung in der Erlöserkirche die ersten beiden Kapitel ihres Debütromans „Das Leben ist eins der Härtesten“. Überreicht wurde die Urkunde von Prof. Dr. Armin Schäfer.

Die Leistung der Stipendiaten und die Bedeutung des Stipendiums für die Region würdigten außerdem der MKK-Vorsitzende Ulrich Frenschkowski und Landrat Thomas Gemke.

## Sprungbrett war ein Erfolg

Seit vielen Jahren ist es gute Tradition, dass der AGV und die Mittelstandvereinigung der CDU an den Lüdenscheider Hauptschulen den Sprungbrett-Preis für die jahrgangsbesten Hauptschüler vergeben. Der Preis besteht aus einem Notebook und einem Praktikum in einem AGV-Mitgliedsunternehmen nach Wahl der Preisträger.



Im Jahr 2018 ist der inzwischen 15-jährige Edgar Schugajew von der Freien Christlichen Hauptschule in Lüdenscheid ausgezeichnet worden. Er hat sein Wunsch-Praktikum in der IT-Abteilung der Firma Kaiser Elektro GmbH & Co. KG in Schalksmühle absolviert. Eine Zeit, die auf beiden Seiten bleibenden Eindruck hinterließ, wie Edgar Schugajew und Christof Panzner, der den Schüler während seiner Zeit in dem Unternehmen betreute, bei einem Wiedersehen berichten.

Für Edgar Schugajew war das Praktikum die Bestätigung dafür, dass er nach der Schule unbedingt eine Ausbildung im IT-Bereich machen möchte. Er hat seinen Wunschberuf über das Sprungbrett des AGV gefunden. Christof Panzner war voll des Lobes. Obwohl es für den Schüler nicht ganz einfach war, täglich von seinem Wohnort Halver nach Schalksmühle zu kommen, sei er hochmotiviert gewesen, habe sich alles intensiv angesehen und auch einfache Programmieraufgaben nach einer kurzen Einführung selbstständig gelöst. Er habe ihn oft regelrecht nach Hause schicken müssen, sagte Panzner über den Jugendlichen.

Schugajew strebt als nächsten Schritt das Fachabitur an und will sich dann um eine Ausbildung zum IT-Fachmann bewerben. Alle Beteiligten sind sich sicher, dass das erfolgreiche Sprungbrett-Praktikum ihm dabei hilft.

*Wir wünschen frohe Weihnachten,  
schöne Feiertage und  
für das Jahr 2020 alles Gute und viel Erfolg.*

### Impressum

Herausgeber:  
Arbeitgeberverband der  
Metall- und Elektro-Industrie  
Lüdenscheid e. V.  
Staberger Straße 5  
58511 Lüdenscheid

Verantwortlich  
für den Inhalt:  
Christian Lepping

Redaktion:  
Christian Lepping,  
Bettina Görlitzer

Fotos:  
Bettina Görlitzer

Layout:  
PAGA Werbung